



Chapitre de livre

2022

Published version

Open Access

This is the published version of the publication, made available in accordance with the publisher's policy.

Politisches Argumentieren in der Schweiz : ein Aufriss

Schröter, Juliane

How to cite

SCHRÖTER, Juliane. Politisches Argumentieren in der Schweiz : ein Aufriss. In: Politisches Argumentieren in der Schweiz. Juliane Schröter (Ed.). Hamburg : Buske, 2022. p. 1–13. (Sprache - Politik - Gesellschaft)

This publication URL: <https://archive-ouverte.unige.ch/unige:165894>

Politisches Argumentieren in der Schweiz. Ein Aufriss

1 Hintergrund

Im internationalen Vergleich nimmt das politische System der Schweiz aufgrund seiner direkt- und konkordanzdemokratischen Züge eine besondere Stellung ein. Die Schweiz wird dementsprechend von Seiten der Politikwissenschaft als „das Land mit den am stärksten ausgebauten und am häufigsten genutzten Volksrechten“ beschrieben (Vatter 2020: 351; zu den politischen Besonderheiten der Schweiz vgl. auch Bühlmann in diesem Band). Ihr einzigartiges politisches System macht die Schweiz und ihre politischen Praktiken nicht nur zu einem attraktiven Gegenstand für die Politikwissenschaft, sondern auch und gerade zu einem hochinteressanten Forschungsobjekt für die Politolinguistik. Dies gilt im Besonderen für die Kommunikation im Kontext der direktdemokratischen Verfahren, genauer, für die Kommunikation vor und nach Volksabstimmungen.

In diesem Bereich sind die Differenzen zwischen der Schweiz und anderen europäischen Ländern besonders eklatant: In vielen anderen Ländern lässt sich zwar seit einigen Jahren ein starker Wunsch nach mehr direkter Demokratie beobachten (vgl. z. B. Kost 2013: 9, Vatter 2020: 351), den rechtspopulistische Kreise nicht selten für sich zu nutzen versuchen. Doch sind die Verwerfungen oft gross, wenn in seltenen Fällen tatsächlich Volksabstimmungen stattfinden. Überdeutlich wurde das etwa beim Referendum über den Brexit im Jahr 2016 (für exemplarische Einschätzungen aus den deutschen Medien vgl. Schulz 2016, Wefing 2016). Im Gegensatz dazu führen Volksabstimmungen in der Schweiz, die seit ihrer schrittweisen Einführung auf Bundesebene immer häufiger geworden sind, in der Regel nicht zu kommunikativen oder politischen Krisen. Vielmehr nennen Wolf Linder und Rolf Wirz in ihrem einschlägigen Artikel im „Handbuch der Schweizer Politik“ „[h]ohe politische Integration, Stabilität, Kontinuität, Legitimität“ als „indirekte Wirkungen der Volksrechte“ in der Schweiz (Linder/Wirz 2017: 156, vgl. Milic et al. 2014: 110). Das dies so ist, könnte wesentlich damit zu tun haben, wie in der Schweiz im Kontext von Volksabstimmungen kommuniziert und insbesondere argumentiert wird.

2 Hypothesen

Ausgehend von diesen Überlegungen lassen sich folgende Ausgangshypothesen für die Untersuchung des politischen Argumentierens in der Schweiz formulieren:

1. Die Besonderheiten des politischen Systems – insbesondere die direkt- und konkordanzdemokratischen Elemente – prägen die politische Kommunika-

tion in der Schweiz. Besonders stark gilt dies für Argumentationen im Kontext von Volksabstimmungen.

2. Das Umgekehrte gilt ebenso: Die politische Kommunikation, z. B. Argumentationen im Kontext von Volksabstimmungen, wirken auf das politische System der Schweiz zurück.

Die zweite Hypothese ist zweifellos die ungewöhnlichere und bedarf der Erläuterung. Die Hypothese nimmt zum einen die zahlreichen Vorstellungen von der Wirklichkeitskonstruierenden und -konstitutiven Kraft von Sprache und Kommunikation auf, die in der Diskurslinguistik, der Politolinguistik, der linguistischen Kulturanalyse und mittlerweile auch in vielen weiteren linguistischen Forschungsbereichen weit verbreitet sind. Die Hypothese hat zum anderen Berührungspunkte mit verschiedenen Ausprägungen des *Neuen Institutionalismus* der Politikwissenschaft, nach denen nicht nur Institutionen wie etwa Verfassungen und nachgeordnete Rechtsnormen für die politische Realität eines Staates entscheidend sind, sondern auch Werte, Normen und Routinen (vgl. z. B. Peters 2019, vor allem 30–52, 127–143). Dass dabei auch kommunikative Routinen eine entscheidende Rolle spielen, drängt sich aus der linguistischen Perspektive auf.

Dies vorausgeschickt, lässt sich die zweite Hypothese für diesen Sammelband folgendermassen ausdifferenzieren: In der Schweiz haben die vielfältigen Erfahrungen mit direkt- und konkordanzdemokratischen Elementen auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene im Laufe der Geschichte zur Ausbildung kollektiv getragener, weit verbreiteter kommunikativer und insbesondere argumentativer Muster und Routinen geführt. Diese sind für die direkt- und konkordanzdemokratischen Züge des politischen Systems hochgradig funktional. Sie tragen mit dazu bei, dass die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich ungewöhnlich zufrieden mit dem Funktionieren der eigenen Demokratie ist (vgl. z. B. Ehrler et al. 2016), und sie stabilisieren damit das politische System mitsamt seinen Besonderheiten.

Wenn die zweite Hypothese zuträfe, wäre die Kenntnis der entsprechenden argumentativen Muster und Routinen sehr bedeutend. Überall dort, wo (direkt) demokratische Kompetenzen vermittelt bzw. erweitert oder eine (direkt)demokratische Organisationskultur aufgebaut bzw. gestärkt werden soll(en), wäre sie auch von unmittelbarer praktischer Relevanz.

3 Forschungsstand

Im Verhältnis zur Einzigartigkeit des politischen Systems der Schweiz einerseits und zur Bedeutung des Argumentierens für die Politik andererseits ist das politische Argumentieren in der Schweiz nicht besonders intensiv erforscht worden:

Die linguistischen und/oder argumentationsanalytischen Studien, die direkt oder indirekt Antworten auf Fragen wie *Wie wird in der Schweiz typischerweise in politischen Zusammenhängen argumentiert? Welche argumentativen Muster und Routinen sind im Kontext von Volksabstimmungen zu beobachten?* bieten, sind nicht zahlreich. Zu diesen Studien gehören u. a. Margreiter (2001) und Klein (2018), die sich

mit den offiziellen Abstimmungserläuterungen beschäftigen, die vor eidgenössischen Volksabstimmungen an die Stimmberechtigten verschickt werden. Zu ihnen gehören des Weiteren Luginbühl (1999) sowie Jacquin und Zampa (2016), die politische Diskussionssendungen analysieren, aber auch Niehr (2004), der politische Zeitungsartikel untersucht, Demarmels (2009), die sich mit Abstimmungsplakaten befasst, und verschiedene Beiträge im von Roth und Dürscheid (2010) herausgegebenen Band, der diverse Untersuchungsmaterialien abdeckt. In der Übersicht fällt auf, dass die Publikationen, die besonders auf Argumentation fokussieren, dazu tendieren, einen einzelnen Untersuchungsaspekt, eine einzelne politische Debatte und/oder einzelne Materialbeispiele herauszugreifen. Dies macht es schwierig oder sogar unmöglich, ihre Ergebnisse in Beziehung zueinander zu setzen, besonders verbreitete argumentative Muster oder Routinen zu identifizieren und deren Funktionspotenzial für das politische System der Schweiz zu reflektieren.

In sozialwissenschaftlichen Fächern wie der Politikwissenschaft, der Publizistikwissenschaft und der Soziologie ist mehr zu politischen Kampagnen und Debatten in der Schweiz publiziert worden als in der Linguistik. Mit Blick auf Argumentationen in politischen Zusammenhängen sind zunächst Analysen anzusprechen, die wie Bächtiger (2005) und Pedrini (2014, 2015) versuchen, mit dem sogenannten DQI (*discourse quality index*) die Qualität politischer Deliberation in der Schweiz statistisch zu messen. Andere Publikationen wie Kriesi (2005, 2011), Bernhard (2012) oder Scholten und Kamps (2014) liefern relevantes Kontextwissen. Im Allgemeinen interessieren sich Publikationen aus den Sozialwissenschaften allerdings relativ wenig für sprachliche Formulierungen und deren Details – jedenfalls, wenn man linguistische Massstäbe anlegt.

Für Analysen politischer Argumentationen, die sich für deren sprachlich-kommunikative Formen und situative oder kulturelle Funktionen interessieren, stünde allerdings eine beeindruckende Menge vielversprechender Konzepte und Methoden bereit. Diese stammen zum einen aus den internationalen *argumentation studies* (zur Orientierung vgl. das Übersichtswerk Eemeren et al. 2014), zum anderen aus linguistischen Forschungsbereichen wie der Pragmatik, Politolinguistik, Diskurs- und Textlinguistik, aber auch der Gesprächsanalyse, Medienlinguistik, Korpuslinguistik, Multimodalitätsforschung und Kulturanalyse.

Die Forschungsgruppe des Projekts „Politisches Argumentieren in der Schweiz“¹, das von 2018 bis 2022 vom Schweizerischen Nationalfonds SNF finanziert wurde, hat versucht, das beschriebene Forschungsdesiderat zu verkleinern. Mit linguistischen und argumentationsanalytischen Konzepten und Methoden wurden darin Serien von deutschsprachigen Argumentationen vor eidgenössischen Volksabstimmungen qualitativ und quantitativ mit Blick auf Gemeinsamkeiten, Muster und Routinen einerseits, auf Unterschiede, Variation und Abwei-

1 Auch die vorliegende Einführung ist im Rahmen des SNF-Forschungsprojekts „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ (Projekt-Nr. PP00P1_170479) entstanden.

chungen andererseits untersucht. Analysiert wurden die Argumentationen des Bundesrates (der Schweizer Regierung) in Abstimmungserläuterungen und Fernsehansprachen (vgl. Schröter 2019, 2021a), die Argumentationen von Gästen in TV-Diskussionssendungen (vgl. Baumgartner [i. V.]), die Argumentationen von Medienschaffenden und ihrer Leserschaft in redaktionellen Zeitungsartikeln und Leserbriefen (vgl. Hauenstein [i. V.]) sowie die Argumentationen der SVP (vgl. Schröter/Thome 2020). Die verschiedenen Ergebnisse des Projekts wurden auch bereits systematisch aufeinander bezogen (vgl. Schröter 2022²). Sie sprechen deutlich für die beiden soeben aufgeführten Hypothesen. Viele Muster und Routinen, die das untersuchte Material kennzeichnen, lassen sich zudem als funktional für die direkt- und konkordanzdemokratischen Züge des politischen Systems der Schweiz interpretieren. Aus den Studien des Projekts wie auch aus der weiteren genannten Forschungsliteratur geht allerdings auch klar hervor, dass dies nicht einfach für alle Argumentationen zu politischen Fragen gilt. Auch in der Schweiz wird in politischen Zusammenhängen regelmässig sachfremd, vereinfachend oder provozierend argumentiert.

4 Ziele und zentrale Begriffe

Das Ziel des vorliegenden Sammelbandes „Politisches Argumentieren in der Schweiz“ ist es, die bisherigen Analysen zu diesem Gegenstand zu erweitern und so zu einem noch umfassenderen Bild vom politischen Argumentieren in der Schweiz, von dessen Mustern und Routinen sowie von den möglichen Wechselwirkungen zwischen diesen und dem politischen System der Schweiz zu gelangen. Zu diesem Zweck werden hier weitere Textsorten und Medien erschlossen, in denen im Kontext von Volksabstimmungen argumentiert wird. Auch werden österreichische, deutsche und schweizerische politische Argumentationen miteinander verglichen, um besser einschätzen zu können, welche Muster und Routinen nicht nur in der Schweiz verbreitet, sondern auch spezifisch für sie sind.

Um das Erkenntnisinteresse zu fokussieren, aber nicht einzuengen, unterliegt dem Band ein Begriff des Politischen, der zwar prototypisch Politisches kennt, der aber nicht scharf begrenzt ist und fließende Übergänge zum Gesellschaftlichen aufweist (zur sehr unterschiedlichen Spannweite der Definitionen von *Politik* vgl. z. B. Allison 2018). Zum prototypisch Politischen werden hier für die Schweiz vor allem die Prozesse, Organe und Akteur:innen gezählt, die die Bundesverfassung, die kantonalen Verfassungen und die Gemeindeordnungen vorsehen. Zum Gesellschaftlichen werden hingegen alle Prozesse, Institutionen und

2 In den genannten Beiträgen Schröter (2019, 2021a, 2022) finden sich folglich ähnliche Ausführungen zur Bedeutung des politischen Argumentierens in der Schweiz und zum Forschungsstand. Auch die beiden eingangs genannten Hypothesen werden erwähnt, was ebenfalls auf den zweiten Beitrag von Schröter in diesem Band zutrifft.

(kollektiven) Akteur:innen gerechnet, in denen bzw. durch die sich soziale Grossgruppen organisieren und miteinander interagieren.

Verbunden sind die hier publizierten Studien des Weiteren durch einen Begriff von Argumentation, demzufolge Argumentation eine in erster Linie, aber nicht ausschliesslich sprachliche Handlung ist, die unterschiedlich komplex sein kann. Bei dieser Handlung geht es darum, Zweifel an einem Standpunkt zu beseitigen oder zu mindern oder eine Verschiedenheit von Standpunkten zu überwinden oder zu verringern. Dazu werden ein oder mehrere Argumente für oder gegen einen oder mehrere Standpunkte vorgebracht. Zwar explizieren nicht alle Studien, die in diesem Band enthalten sind, ihr Verständnis von Argumentation in dieser Weise, sie sind jedoch alle zumindest kompatibel damit. Dies überrascht nicht, führt die genannte Bestimmung von Argumentation doch Auffassungen zusammen, die aus ganz unterschiedlichen Forschungskontexten stammen (vgl. z. B. Perelman/Olbrechts-Tyteca 1971: 4, Kienpointner 1992: 15–17, Amossy 2006: 37, Eemeren et al. 2014: 7, Hannken-Illjes 2018: 20; zu dieser Bestimmung vgl. bereits Schröter/Thome 2020: 265, Schröter 2021b: 1).

5 Beiträge und Ergebnisse

Den Auftakt des Sammelbandes bildet Marc Bühlmanns Beitrag „Institutionalisierter Zwang zum Dialog. Politikwissenschaftliche Betrachtungen zum Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz“. Wie es der Titel nahelegt, interessiert sich Bühlmann darin für die Frage, *wie gut die direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert*. Er entwickelt seine Antwort mithilfe theoretischer politologischer Überlegungen: Ausgehend von einer Charakterisierung des politischen Systems der Schweiz, dessen direktdemokratischer Elemente sowie deren bisheriger Nutzungen, Ergebnisse und Wirkungen argumentiert er für die These, dass im politischen System der Schweiz ein *Zwang zum Dialog* angelegt sei. Darunter versteht er, dass zahlreiche, ganz unterschiedliche Positionen und Argumente in den politischen Prozess einfließen und von der Regierung und vom Parlament berücksichtigt werden müssen. Vor dem Hintergrund eines entsprechenden Demokratieverständnisses attestiert er der schweizerischen Demokratie aufgrund dieses Zwangs und seiner praktischen Folgen insgesamt ein gutes Funktionieren.

Bühlmann bezieht sich mit seinen Überlegungen direkt auf die beiden Ausgangshypothesen dieses Bandes. Sein Beitrag stützt die Annahme, dass die direktdemokratischen Züge des politischen Systems der Schweiz die politische Kommunikation und Argumentation prägen. Er plausibilisiert aber ebenso die Vermutung, dass die politische Kommunikation, genauer, die Anzahl von und der Umgang mit Argumenten auf das politische System zurückwirken, indem sie der Qualität der Demokratie zugutekommen.

Die ersten drei der dann folgenden linguistischen Beiträge beziehen sich ausschliesslich auf die Deutschschweiz. Alexandra Hauenstein analysiert das „politische Argumentieren in Deutschschweizer Tageszeitungen“. Unter dem Haupttitel „Konsens als Grundnorm?“ will sie herausfinden, *inwiefern die [...] Konsensorien-*

tierung, die in der Schweiz eine kulturelle und politische Tradition bildet, durch die politische Kommunikation, speziell durch die politische Argumentation geprägt wird. Dazu untersucht sie mit politolinguistischen, textlinguistischen und argumentationsanalytischen Methoden Artikel zu diversen Volksabstimmungen, die in vier Tageszeitungen aus der Deutschschweiz erschienen sind. In diesem Material weist sie zahlreiche argumentative Muster nach, die man in einem weiten Sinn als konsens- oder kooperationsförderlich verstehen kann: So werden etwa nur selten Argumente angegriffen, die gegen den vertretenen Standpunkt sprechen, und wenn dies geschieht, wird im Kontext häufig eine Auffassung erwähnt, die mit dem gegnerischen Lager geteilt wird. Es zeigen sich zudem sehr viele sogenannte pragmatische Argumente, die auf positive oder negative Folgen der Abstimmungsvorlage nicht für partikuläre Interessensgruppen, sondern für grosse Teile der Bevölkerung hinweisen. Weiterhin kommen vor allem neutrale Personenbezeichnungen vor, die nur selten auf Einzelpersonen referieren. Oft wird hingegen auf die Schweiz verwiesen und dabei explizit für das Wohl des ganzen Landes argumentiert.

Hauensteins Ergebnisse sprechen ebenfalls für die These, dass die politische Kommunikation auf das politische System zurückwirkt und dessen Funktionieren unterstützt. In Relation zu Bühlmanns theoretischen Überlegungen deuten die von ihr gefundenen empirischen Muster allerdings weniger auf viele und vielfältige Argumente hin, als auf gemässigte und gemeinwohlorientierte Argumentationen.

Gerda Baumgartner widmet sich dem „Politischen Argumentieren in der ‚Abstimmungsarena‘“ und somit den argumentativen Auseinandersetzungen, die im Vorfeld von Volksabstimmungen in einer bekannten Diskussionssendung des Schweizer Fernsehens stattfinden. Ihr Interesse gilt generell den *Regelmässigkeiten* und *Besonderheiten*, die sich in den Argumentationen in drei untersuchten Sendungen manifestieren. Mit gesprächs- und argumentationsanalytischen Mitteln kann sie zahlreiche Muster in den Eingangs- und Schlussargumentationen der eingeladenen Gäste belegen: Dazu gehören etwa die Beschränkung auf die Hauptargumente und auf zwei argumentative Level (d. h. auf Argumente und Subargumente) oder auch die Präferenz von pragmatischen Argumenten. In diesen pragmatischen Argumenten beobachtet Baumgartner die häufige Verwendung des Pronomens *wir*, das zur Bezeichnung der gesamten Schweizer Bevölkerung und damit zur Konstruktion einer *imagined community* im Sinne Benedict Andersons dient. Auch Baumgartner erkennt somit einige konsens- bzw. kooperationsorientierte argumentative Muster, was umso überraschender ist, als die Sendung „Arena“ eindeutig auf Konfrontation und Konflikt hin angelegt ist. Die von ihr untersuchten Argumentationen bewegen sich mithin „Zwischen Konfrontation und Konsens“, wie der Haupttitel des Beitrags lautet.

Baumgartners Resultate deuten darauf hin, dass die zweite Ausgangshypothese dieses Bandes sogar in solchen kommunikativen Zusammenhängen ein gewisses Mass an Bestätigung findet, in denen man es zunächst nicht erwarten würde.

Darüber hinaus fällt auf, dass sich die argumentativen Regelmässigkeiten, die Baumgartner beschreibt, partiell mit denen von Hauenstein decken.

Unter dem Titel „Argumentationen in politischen Tweets aus der deutschsprachigen Schweiz und ihre Rekontextualisierung in der Medienberichterstattung“ fragt Martin Luginbühl danach, wie oft Tweets von Politiker:innen aus der Schweiz in Texten von Deutschschweizer Online-Medien angesprochen oder wiedergegeben werden, wie *in* diesen Tweets und wie *mit* diesen Tweets in den Texten der Online-Medien argumentiert wird. Anders, als man vermuten könnte, referieren in allen Online-Medien weniger als 1 % der Texte des untersuchten Jahres explizit auf Twitter-Nachrichten schweizerischen Politpersonals. In den oft provozierenden Tweets, die in den Artikeln angesprochen oder wiedergegeben werden, bleiben häufig verschiedene Elemente der enthaltenen argumentativen Schlüsse implizit. Mehrheitlich werden die Twitter-Nachrichten eingesetzt, um Standpunkte und Argumente zu einer Sachfrage zu präsentieren. Dabei können die Nachrichten dazu dienen, Argumente für den Standpunkt der Zeitung zu liefern, (zumindest scheinbar) eine argumentative Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Akteur:innen zu skizzieren oder auch die Brisanz einer Frage bzw. eines Standpunktes aufzuzeigen.

Beim Vergleich mit den anderen Beiträgen dieses Bandes wird sinnfällig, wie angriffig und personenbezogen und wie wenig sachlich oder gar konsens- oder kooperationsorientiert die in der Berichterstattung zitierten Tweets teilweise sind. In Luginbühls Beitrag deutet sich somit an, dass Twitter einen medialen Ort bildet, an dem sich viele Muster und Routinen des politischen Argumentierens, die sich in anderen Medien und Kommunikationsformen nachweisen lassen, weniger deutlich zeigen. Der Nachrichtendienst könnte folglich dazu beitragen, dass sich die politischen Debatten in der Schweiz in Zukunft wandeln. Dabei ist jedoch zu bedenken, wie wenige Tweets von Schweizer Politiker:innen bisher Eingang in die Berichterstattung viel rezipierter Online-Medien finden und wie gering die Bedeutung der „sozialen Medien“ an sich bislang für die „Informationsgewinnung“ derjenigen ist, die sich an Volksabstimmungen beteiligen; sie bevorzugen dafür bis zuletzt Zeitungsartikel, die offiziellen Abstimmungserläuterungen und Fernsehsendungen (Golder et al. 2022: 12–13).

Die nächsten vier Beiträge zum vorliegenden Band sind kontrastiv angelegt. So setzt sich Manfred Kienpointner unter dem Titel „Von der Freiheit zu glauben“ zunächst deskriptiv-analytisch und anschliessend auch kritisch-evaluativ mit „Aspekten der politischen Argumentation zur Glaubensfreiheit in der Schweiz und Österreich“ auseinander. Nach einem Vergleich der politischen Systeme der Schweiz und Österreichs beschreibt und klassifiziert er zentrale Argumente für und gegen das Minarett-Verbot, das in der Schweiz 2009 mit der Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ in der Verfassung festgeschrieben wurde, sowie für und gegen indirekte Minarett-Verbote, die 2008 in den österreichischen Bundesländern Kärnten und Vorarlberg eingeführt wurden. In beiden Ländern stellt er inhaltlich ähnlich gefüllte *pragmatische Argumente*, *persuasive Definitionen* und *Gerechtigkeitsargumente* fest. Dabei sticht ins Auge, dass die öster-

reichischen Argumentationen sich immer wieder ex- oder implizit auf die Schweizer Diskussion beziehen und das Verbot von Minaretten – aufgrund der Möglichkeit des österreichischen Verfassungsgerichtshofs, ein solches Verbot aufzuheben – meist nur indirekt fordern. Kienpointner zufolge sind die Argumente gegen die Minarett-Verbote in beiden Ländern insgesamt stichhaltiger als die dafür.

Wie Kienpointner schreibt, spiegeln die Differenzen der untersuchten Argumentationen aus der Schweiz und aus Österreich zentrale Unterschiede zwischen den politischen Systemen wider und plausibilisieren somit die erste Haupthypothese des Sammelbandes. Darin, dass die Schweizer Argumentationen im Gegensatz zu den österreichischen das Verbot von Minaretten *expressis verbis* fordern, kann man zusätzlich einen exemplarischen empirischen Beleg für die Kernthese Marc Bühlmanns erkennen, dass das politische System der Schweiz die Einbindung ganz unterschiedlicher, also auch extremer und emotionaler Positionen und Argumente in den politischen Prozess erzwingt.

Nicht nur Manfred Kienpointner, auch Martin Wengeler wählt Argumentationen zu einem besonders umstrittenen Thema als Gegenstand seines Beitrags „*Begrenzungs-Initiativen und Migrationspakete*“, mit dem er sich politisch klar positioniert. In seinem „Vergleich von Argumentationen zur Abschottung gegenüber *Fremden* in der Schweiz und Deutschland“ wendet er die von ihm entwickelte Methode der Topos-Analyse auf Argumentationen für die jeweils jüngsten legislativen Projekte beider Länder an, die auf die Abwehr ausländischer Menschen zielen. Es handelt sich für die Schweiz um die Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“, die 2020 abgelehnt wurde, und für Deutschland um das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, das 2019 beschlossen wurde. Die Analyse ergibt, dass sich die zentralen Topoi in den Argumentationen der Befürwortenden deutlich unterscheiden, was sich auch, aber nicht nur mit der Verschiedenheit der beiden legislativen Projekte erklären lässt. Die Schweizer Argumentationen sind laut Wengeler inhaltlich *drastischer* als die deutschen, die deutschen entsprechend *moderater* als die Schweizer. Viele Topoi, die heute in der Schweiz vorkommen, werden ihm zufolge in Deutschland zwar in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren bedient, gegenwärtig jedoch nur noch von Personen und Gruppen am rechten Rand des politischen Spektrums verwendet.

Damit zeichnet sich in den Studien Kienpointners und Wengeler die Parallele ab, dass Schweizer Argumentationen mitunter inhaltlich radikaler sind als österreichische bzw. deutsche Argumentationen für vergleichbare Standpunkte. Möglicherweise können in der Schweiz politisch extremere Standpunkte und Argumente tatsächlich leichter als seriöse Beiträge in eine Debatte eingebracht werden als in Österreich und Deutschland. Das würde bedeuten, dass die sogenannten Grenzen der Sagbarkeit oder, präziser, die Grenzen des Diskutablen in der Schweiz andere als in Österreich und Deutschland sind – mit den entsprechenden Ursachen in und Folgen für die politischen Systeme und die politische Praxis in den drei Ländern. Während Personen mit extrem(er)en Haltungen in Deutschland und Österreich eher aus den politischen Prozessen ausgeschlossen würden,

würden sie in der Schweiz eher integriert. Offen ist in jedem Fall die Frage, welche dieser Alternativen mittel- und langfristig zu mehr bzw. zu weniger gesellschaftlichem Frieden und welche zu radikaleren resp. zu weniger radikalen politischen Entscheidungen führt.

Thomas Niehr geht in seinem Beitrag „Plausibilisierungsinszenierungen“ nach, d. h. er fragt danach, „Wie man in der Schweiz und in Deutschland verschwörungstheoretische Thesen als seriöse Argumentation zu verkaufen sucht“. Er kontrastiert dazu die Argumentationen in Videos zum Thema COVID-19, die zum einen auf der Schweizer Website „Kla.TV“, zum anderen auf der deutschen Website „HEIKOSCHRANG“ zugänglich sind. Seine polito- und medienlinguistisch ausgerichtete Argumentationsanalyse führt zu dem Resultat, dass inhaltlich ähnliche Positionen und Argumente ganz unterschiedlich präsentiert und inszeniert werden: Bei „Kla.TV“ präsentieren inszenierte Expert:innen in professionell wirkenden Informationssendungen Argumente, die für eine Verschwörungstheorie oder *Verschwörungserzählung* sprechen. Hingegen ist es bei „HEIKOSCHRANG“ Schrang selbst, der diese Argumente als vermeintlich kritisch-unabhängiger Journalist in einfach gestalteten Videos vorbringt. Entsprechend unterscheiden sich die sprachlichen Stile, mit denen die Argumente in den Videos der beiden Websites vorgetragen werden.

Da in Niehrs Beitrag Videos von genau zwei Websites verglichen werden, ist es kaum möglich, weitergehende Schlüsse aus dem Vergleich zu ziehen. An zusätzlichen verschwörungstheoretischen Argumentationen aus der Schweiz und aus Deutschland wäre zu prüfen, ob die schweizerischen generell zu einer professionelleren, seriöseren Gestaltung tendieren als die deutschen. Zugleich wäre zu fragen, ob die deutschen im Allgemeinen stärker die persönliche Unabhängigkeit der argumentierenden Person vom öffentlichen Medien-, vom Wissenschafts- und vom politischen System betonen als die schweizerischen. Als Grund für diesen potenziellen Unterschied könnte man vermuten, dass die formalen, stilistischen Erwartungen an eine ernstzunehmende politische Argumentation in der Schweiz aufgrund der häufigen und intensiven argumentativen Auseinandersetzungen im Kontext der Volksabstimmungen ungleich höher sind als in Deutschland. Eine weitere mögliche Ursache wäre, dass das Misstrauen in etablierte Expertensysteme, die in politischen Fragen zu Rate gezogen werden, in der Schweiz wegen der direktdemokratischen Prägung des politischen Geschehens weniger gross ist.

Constanze Spieß schliesslich fokussiert in ihrer Auseinandersetzung mit politischen Argumentationen die verwendete Metaphorik und deren argumentative Leistung. Ihrer Analyse des „Metaphorischen Argumentierens während der Corona-Krise in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ liegt eine Serie von Kommunikaten zugrunde, mit denen sich die Regierungsspitzen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie an die jeweilige Bevölkerung wandten, um politische Massnahmen zur Verhinderung oder Begrenzung negativer Folgen der Pandemie zu begründen. Aus der Analyse resultiert, dass Metaphern die vorgebrachten Argumentationen auf vielfältige

Weise unterstützen. Die Mitglieder des Schweizer Bundesrates verwenden allerdings im Durchschnitt weniger Metaphern pro Kommunikat als die deutsche Regierungschefin und der österreichische Regierungschef. Auch ist die Anzahl der Bildfelder im schweizerischen Untersuchungsmaterial geringer als in dem der beiden anderen Länder. Trotz einiger politiktypischer Bildfelder wie etwa der *Bewegungs-/Weg-Metaphorik*, die von den Regierungen aller drei Länder häufiger verwendet werden, werden viele andere Bildfelder in den drei Ländern unterschiedlich oft gebraucht. So finden sich in den Schweizer Kommunikaten z. B. besonders viele *Balance-Metaphern* und besonders wenig *Kriegs-Metaphern*.

Die Ergebnisse frapieren insofern, als sie erstaunlich gut zu den landläufigen, ja klischeehaften Vorstellungen der Schweiz als eines Landes passen, das sich stark um Ausgewogenheit und Ausgleich sowie um Neutralität und Frieden bemüht. Ob sich diese traditionellen Schweizer Werte tatsächlich sogar in der Wahl der Metaphorik in politischen Argumentationen niederschlagen und davon umgekehrt hochgehalten werden, wäre an einem grösseren Korpus zu testen. Vorerst lässt sich festhalten, dass die von Spieß ermittelte Zurückhaltung der Schweizer Bundesräte im Gebrauch metaphorischer Ausdrücke zu der Präferenz sachlichen und leicht verständlichen Argumentierens passt, auf die die Beiträge von Hauenstein, Baumgartner und Schröter zumindest indirekt hinweisen.

In der textlinguistisch-argumentationsanalytischen Studie „Das Argumentarium“ blickt Juliane Schröter zuletzt über den Bereich der prototypisch politischen Kommunikation hinaus. Ausgehend von einer Analyse der Bedeutung und des Gebrauchs der Wörter *Argumentarium* und *argumentaire* untersucht sie ein Korpus von Schweizer Texten, die als *Argumentarium* bezeichnet werden. Die Texte betreffen zum Teil Volksabstimmungen, zum Teil aber auch ganz andere Gegenstände. Es zeigt sich, dass Argumentarien eine Textsorte mit einem deutlich erkennbaren Textmuster bilden, genauer, „Eine Schweizer Textsorte inner- und ausserhalb der Politik“, wie der Untertitel des Beitrags lautet. Die Exemplare der Textsorte sind u. a. dadurch gekennzeichnet, dass sie oft in mehreren Längen und Sprachen existieren, aus einer Überschrift und einem Argumentationsteil bestehen, präskriptive oder evaluative Standpunkte mit einer überschaubaren Anzahl oft pragmatischer Argumente stützen, nur selten Gegenargumente entkräften und sich häufig auf die Schweiz beziehen. Das entsprechende Textmuster prägt sich allerdings in den Argumentarien, die sich auf Volksabstimmungen beziehen, noch klarer als in den anderen Argumentarien aus.

Schröters Befunde decken sich in vieler Hinsicht mit denen Hauensteins und Baumgartners. Wie Schröter im Beitrag erwähnt, lassen sie sich als Beleg für die erste Hypothese dieses Sammelbandes deuten – die Hypothese, dass das politische System die politische Kommunikation und Argumentation in der Schweiz prägt; denn offenbar ist die Textsorte des Argumentariums zunächst im Zusammenhang mit Volksabstimmungen entwickelt und davon geprägt worden. Die Ergebnisse liefern zugleich einen Anhaltspunkt für die zweite Hypothese dieses Bandes, nach der die politische Kommunikation und Argumentation auf das politische System der Schweiz zurückwirken, indem sie funktional dafür sind; die

Merkmale der Textsorte des Argumentariums lassen sich nämlich als Mittel zur *Lösung des Problems* auffassen, wie man eine heterogene Stimmbürgerschaft zu einer argumentativ informierten Abstimmungsentscheidung bringen kann, ohne das Pro- und Contra-Lager zu sehr gegeneinander aufzubringen. Schliesslich machen die Resultate der Studie auch deutlich, dass die politische Kommunikation die Kommunikation in anderen gesellschaftlichen Bereichen beeinflusst, und sie legen nahe, dass auch das Umgekehrte der Fall ist: Die Verwendung der Textsorte des Argumentariums ist offensichtlich von der politischen Kommunikation im engeren Sinn auf andere Kontexte ausgeweitet worden, und sie stabilisiert von dort aus vermutlich auch den Gebrauch für politische Zwecke.

Insgesamt zeigen sich somit in vielen Beiträgen zu diesem Sammelband neue Hinweise darauf, dass und in welcher Weise dessen Ausgangshypothesen zutreffen. Auffällig ist insbesondere, dass sich über die verschiedenen Studien hinweg viele argumentative Ähnlichkeiten zwischen ganz unterschiedlichem Untersuchungsmaterial feststellen lassen. Sie sprechen dafür, dass es zumindest in der heutigen Deutschschweiz eingespielte Muster und Routinen des politischen Argumentierens gibt, die mit entsprechenden Erwartungshaltungen und anderen verhaltenssteuernden kognitiven Normen verbunden sein müssen.

Trotzdem können die Ausgangshypothesen dieses Bandes aber noch keineswegs als bestätigt gelten. Offen sind zum jetzigen Zeitpunkt vor allem folgende drei Fragen:

- Inwiefern gleichen und inwiefern unterscheiden sich die politischen Argumentationen aus der Deutschschweiz (von) denen aus anderen Sprachregionen der Schweiz?
- Inwiefern gleichen und inwiefern unterscheiden sich die politischen Argumentationen in der heutigen Schweiz (von) denen aus früheren Zeitphasen?
- Wo, wann und in welchem Ausmass lassen sich Argumentationen nachweisen, die gegen die Ausgangshypothesen dieses Sammelbandes sprechen?

Antworten auf diese Fragen würden es ermöglichen, genauer einzuschätzen, ob es eine gesamtschweizerische ‚Argumentationskultur‘ gibt, ob diese im Schwinden begriffen ist oder nicht und in welchem Ausmass sie für die direkt- und konkordanzdemokratischen Züge des politischen Systems funktional ist. Für die Notwendigkeit weiterer Studien zum politischen Argumentieren in der Schweiz lassen sich also durchaus gute Argumente finden.

Literatur

- Allison, Lincoln (2018): Politics. In: Garrett W. Brown / Iain McLean / Alistair McMillan (Hgg.): A concise Oxford dictionary of politics and international relations. 4. Aufl. Oxford: Oxford Univ. Press. Unter: <https://www.oxfordreference.com> (Abfrage: 20.01.2022).
- Amossy, Ruth (2006): L'argumentation dans le discours. 2. Aufl. Paris: Colin.
- Bächtiger, André (2005): The real world of deliberation. A comparative study of its favorable conditions in legislatures. Bern: Haupt.

- Baumgartner, Gerda ([i. V.]): Konsensorientierung trotz Konflikt? Kommunikative Muster beim Widersprechen in der TV-Sendung „Abstimmungsarena“.
- Bernhard, Laurent (2012): Campaign strategy in direct democracy. London: Palgrave Macmillan.
- Demarmels, Sascha (2009): Ja. Nein. Schweiz. Schweizer Abstimmungsplakate im 20. Jahrhundert. Konstanz: UVK.
- Eemeren, Frans H. van / Bart Garssen / Erik C. W. Krabbe et al. (2014): Handbook of argumentation theory. Dordrecht: Springer reference.
- Ehrler, Franziska / Felix Bühlmann / Peter Farago et al. (Hgg.) (2016): Sozialbericht 2016. Wohlbe-finden. Zürich: Seismo.
- Golder, Lukas / Martina Mousson / Tobias Keller et al. (2022): Vox-Analyse November 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. November 2021. Unter: <https://vox.gfsbern.ch/de/publikationen/> (Abfrage: 20.01.2022).
- Hannken-Illjes, Kati (2018): Argumentation. Einführung in die Theorie und Analyse der Argumenta-tion. Tübingen: Narr Francke Attempto.
- Hauenstein, Alexandra ([i. V.]): Argumentieren in der direkten Demokratie. Zu einer sprachlichen Praktik in Tageszeitungen im Kontext von Schweizer Volksabstimmungen. [Dissertation]. Zürich: Universität Zürich.
- Jacquin, Jérôme / Marta Zampa (2016): Do we still need an army like in the First World War? An argumentative analysis of a television debate on abolishing compulsory military service in Swit-zerland. In: Discourse and communication 10 (5), 479–499.
- Kienpointner, Manfred (1992): Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern. Stuttgart/Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Klein, Josef (2018): Abstimmungserläuterungen. Die zentrale Textsorte der Schweizerischen Direkt-demokratie und ein Beispiel erfolgreichen populistischen Argumentierens. In: Bettina M. Bock / Philipp Dreesen (Hgg.): Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart. Bremen: Hempen, 91–108.
- Kost, Andreas (2013): Direkte Demokratie. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Kriesi, Hanspeter (Hgg.) (2011): Political communication in direct democratic campaigns. Enlightening or manipulating? Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Kriesi, Hanspeter (2005): Direct democratic choice. The Swiss experience. Lanham: Lexington books.
- Linder, Wolf / Rolf Wirz (2017): Direkte Demokratie. In: Peter Knoepfel / Yannis Papadopoulos / Pascal Sciarini et al. (Hgg.): Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la politique suisse. 6. Aufl. Zürich: NZZ Libro, 145–167.
- Luginbühl, Martin (1999): Gewalt im Gespräch. Verbale Gewalt in politischen Fernsehdiskussionen am Beispiel der „Arena“. Bern: Lang.
- Margreiter, Ralf (2001): Persuasion in den Abstimmungserläuterungen zur Alpen-Initiative. Das hohe Ross des Bundesrates? In: LeGes. Gesetzgebung und Evaluation. Mitteilungsblatt der Schweizer-ischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG) und der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (SEVAL) 12 (1), 9–44.
- Milic, Thomas / Bianca Rousselot / Adrian Vatter (2014): Handbuch der Abstimmungsforschung. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Niehr, Thomas (2004): Der Streit um Migration in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich. Eine vergleichende diskursgeschichtliche Untersuchung. Heidelberg: Winter.
- Pedrin, Seraina (2015): Does culture matter for deliberation? Linguistic speech cultures and parlia-mentary deliberation in Switzerland. In: Journal of public deliberation 11 (1), [unpag., Artikel 8].
- Pedrin, Seraina (2014): Deliberative capacity in the political and civic sphere. In: Swiss political science review 20 (2), 263–286.
- Perelman, Ch.[aim] / L.[ucie] Olbrechts-Tyteca ([1958] 1971): The new rhetoric. A treatise on argumen-tation. Übs. von John Wilkinson / Purcell Weaver. Notre Dame: Univ. of Notre Dame Press.
- Peters, B. Guy (2019): Institutional theory in political science. The new institutionalism. 4. Aufl. Chel-tenham: Elgar.
- Roth, Kersten S. / Christa Dürscheid (Hgg.) (2010): Wahl der Wörter – Wahl der Waffen? Sprache und Politik in der Schweiz. Bremen: Hempen.
- Scholten, Heike / Klaus Kamps (Hgg.) (2014): Abstimmungskampagnen. Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie. Wiesbaden: Springer VS.
- Schröter, Juliane (2022): Argumentation in der direkten Demokratie. Zugänge – Ergebnisse – Perspek-tiven. In: Heidrun Kämper / Albrecht Plewnia (Hgg.): Sprache in Politik und Gesellschaft. Per-spektiven und Zugänge. Berlin: de Gruyter, 41–71.

- Schröter, Juliane (2021a): Contradiction by default. On the discourses before popular votes in Switzerland. In: Ingo H. Warnke / Anna-Katharina Hornidge / Susanne Schattenberg (Hgg.): Kontradiktorische Diskurse und Macht im Widerspruch. Wiesbaden: Springer VS, 121–146.
- Schröter, Juliane (2021b): Linguistische Argumentationsanalyse. Heidelberg: Winter.
- Schröter, Juliane / Sebastian Thome (2020): SVP – FPÖ. Argumentationen zweier rechtspopulistischer Parteien im Vergleich. In: LiLi. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 50 (2), 259–302.
- Schröter, Juliane (2019): The TV addresses of the Swiss government before popular votes. A case study of argumentation in direct democracy. In: Journal of argumentation in context 8 (3), 285–316.
- Schulz, Bettina (2016): Brexit. Die Macht der lauten Lügen. In: Zeit online (17.06.2016). Unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/brexit-auswirkungen-pro-contra-david-cameron-george-osbourne> (Abfrage: 17.01.2022).
- Vatter, Adrian (2020): Das politische System der Schweiz. 4., aktual. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Wefing, Heinrich (2016): Manche mögen's einfach. In: Zeit online (27.10.2016). Unter: www.zeit.de/2016/43/volksabstimmungen-buerger-direkte-demokratie (Abfrage: 17.01.2022).

Institutionalisierter Zwang zum Dialog. Politikwissenschaftliche Betrachtungen zum Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz

1 Einleitung

Wie gut funktioniert die direkte Demokratie in der Schweiz?¹ Wer Antworten auf diese Frage sucht, stösst vor allem auf kritische Positionen. Direkte Demokratie ermögliche etwa emotionsgeladene Schnellschuss-Entscheidungen von Zufallsmehrheiten, wo doch eigentlich die rationale Sachdebatte in der Politik leitend sein müsse, gab der damalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Besuch in der Schweiz unmittelbar nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Frühling 2014 der Neuen Zürcher Zeitung zu Protokoll.² Die Kritik, dass Politik für „assoziativ und affektmässig“ handelnde Bürger:innen zu komplex sei (Schumpeter 2005: 417), ist nicht nur in der elitistischen Demokratietheorie angelegt (vgl. neben Schumpeter auch Weber 1958), sondern wird bereits in Platons Politeia und Aristoteles Politiká gegen unmittelbare Volksherrschaft ins Feld geführt. Bürger:innen wird nicht nur die notwendige Sachlichkeit und Expertise, sondern auch die für Informationsgewinnung nötige Verfügbarkeit an Zeitressourcen abgesprochen, weshalb es für eine Demokratie ausreichend sei, dass die Wahlberechtigten alle vier Jahre wählen „und dann [...] das Maul [...] halten“, wie sich Max Weber in einem Interview geäussert haben soll (zitiert nach Schmidt 2010: 165).

Suspekt ist die direkte Demokratie vielen Kritiker:innen in den letzten Jahren zudem auch deshalb geworden, weil ihre Einführung oder ihr Ausbau weit oben auf den Programmen populistischer Bewegungen steht und dort als Heilmittel für eine kolportierte Entfremdung der so benannten politischen Elite von der Bürger:innenschaft (wobei vielmehr der Begriff *Volk* Verwendung findet) angepriesen wird (vgl. Weber 2021: 31–38). Der sich mit der ersten Kritik überlappende Vorwurf an die direkte Demokratie warnt vor Populismus, weil Volksentscheide überaus anfällig für Demagogie und einfache Schwarz-Weiss-Propaganda seien (vgl. Jagers/Walgrave 2007). In Anlehnung an Rousseau (1994)

1 Diese Frage stand am Ausgang des Beitrages für die Online-Tagung „Politisches Argumentieren in der Schweiz“. Für die Einladung an diese Tagung sowie die zahlreichen Anregungen und Diskussionen möchte ich mich hier ganz herzlich bedanken. Dank gebührt auch Anja Heidelberger für ihre wertvollen Kommentare zu einer ersten Fassung dieses Beitrags.

2 NZZ vom 03.04.2014. Die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lancierte eidgenössische Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ fordert eine Begrenzung der Zuwanderung von Ausländer:innen; sie wurde am 09.02.2014 mit 50,3 % Ja-Stimmenanteil angenommen.